

Vermischtes.

*Das Kolonialhaus auf der Deutschen Werkbundausstellung in Köln 1914.

Vom Mai bis Oktober 1914 wird in Köln die Deutsche Werkbundausstellung stattfinden. Sie soll zeigen, was die deutsche gewerbliche Arbeit im Zusammenwirken mit der Kunst zu leisten vermag. Ort und Zeit sind aufs glücklichste gewählt, und es ist für die Ausstellung ein Gelände auf dem rechten Rheinufer gesichert, das mit dem Blick auf das vom Dom beherrschte Stadtbild von Köln eine einzigartige Möglichkeit zur Gestaltung reizvoller Anlagen bietet.

Die Reichsressorts, die preussische Regierung und die ständige Ausstellungskommission haben ihr lebhaftes Interesse für diese Veranstaltung bekundet.

Die Ausstellungsleitung führt unter ihren Aufgaben auch die Errichtung eines Hauses für die deutschen Kolonien auf, das zeigen soll, was bisher geleistet ist, und Anregung zu einer etwaigen Verbesserung der Bauweise in den Kolonien geben soll.

Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft im vorigen Monat in ihrer Tagung zu Breslau auf Antrag ihrer Abteilung Karlsruhe folgenden Beschluß gefaßt hat:

„Das Reichs-Kolonialamt wird gebeten, darauf hinzuwirken, daß die in den deutschen Kolonien entstehenden Neubauten, sowohl öffentliche wie private, mehr als bisher in ihrer äußeren Erscheinung dem Charakter des Landes angepaßt und sowohl hinsichtlich des Materials wie der Bauformen mehr im Sinne einer bodenständigen Architektur ausgeführt werden.“

Die Kölner Ausstellung wird die beste Gelegenheit bieten, die Verwirklichung dieser Wünsche anzubahnen. Das Reichs-Kolonialamt widmet der Angelegenheit sein lebhaftes Interesse. Auf seine Anregung hat die Ausstellungsleitung einen Arbeitsausschuß gebildet, der am 10. Juni d. Js. zum ersten Male zusammengetreten ist und dessen Tätigkeit das Reichs-Kolonialamt tunlichst zu fördern bestrebt ist.

Es ist in Aussicht genommen, für das Tropenhaus den Typ eines Einfamilienhauses zu wählen, das Unterkunft für eine Familie oder auch für mindestens zwei Angestellte gewährt.

Falls die Mittel es gestatten, würde außerdem ein Gebäude (Faktorei) aus leichterem Material errichtet werden, worin Produkte unserer Kolonien und für diese bestimmte Erzeugnisse unserer Industrie, vor allem aber Photographien oder Modelle bewährter Häuser aus allen deutschen sowie aus fremden Kolonien zur Schau gestellt werden.

Eine solche Zusammenstellung bewährter kolonialer Gebäude würde von großem Werte sein, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, welche Gebäude sich am besten für unsere verschiedenen Kolonien eignen und sich gleichzeitig durch gefällige, dem Landschaftsbild entsprechende Formen auszeichnen.

Verschiedene koloniale Firmen haben bereits ihr lebhaftes Interesse für diese Aufgabe bekundet, teils durch finanzielle Unterstützung, teils durch die Zusage, Photographien, Zeichnungen usw. einjenden zu wollen, so besonders die Firma Ph. Holzmann & Co. in Frankfurt a. M., die Firma Grün & Hilfinger in Mannheim, die Bräudenbauanstalt Hender A. G. in Venrath, die Deutsche Afrikabank, die Pomona-Diamanten-Gesellschaft, die Deutsche Diamanten-Gesellschaft, die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südpazifischen, die Deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika, Fernheim & Co., die Jaluit-Gesellschaft, die Deutsch-Niederländische Telegraphen-Gesellschaft in Köln, die Deutsch-Südamerikanische Telegraphen-Gesellschaft in Köln und die Deutsch-Westafrikanische Pflanzungs-Gesellschaft „Victoria“ in Hamburg.

Es wäre sehr erwünscht, wenn möglichst weite Kreise der Ausstellung in ähnlicher Weise Förderung angeheihen lassen würden, namentlich auch durch Einjendung von Ansichten von kolonialen Gebäuden, welche den gehobenen Anforderungen entsprechen. Anregungen aus sachverständigen Kreisen werden von Seiten des Arbeitsausschusses dankbar entgegengenommen werden.

Etwasige Mitteilungen würden an den Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Wirtl. Geh. Legationsrat v. König (Berlin W8, Wilhelmstraße 62, Reichs-Kolonialamt) zu richten sein.

Eine koloniale Preisaufgabe.

Herr Eduard Woermann in Hamburg hat dem Professorenrat des Kolonialinstituts in Hamburg 6000 Mark zur Verfügung gestellt als Preis für die beste Bearbeitung der Frage: „Durch welche praktischen Maßnahmen ist in unseren Kolonien eine Steigerung der Geburtenhäufigkeit und Herabsetzung der Kindersterblichkeit bei der eingeborenen farbigen Bevölkerung — des wirtschaftlich wertvollsten Attributums unserer Kolonien — zu erreichen?“

In der Arbeit sollen außer den medizinischen auch die religiösen, ethnographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unterrichtet und dargelegt



werden, die von Einfluß auf die Geburtenzahl und Säuglingssterblichkeit bei den Eingeborenen unserer Kolonien sind; ferner sollen praktische Vorschläge zur Steigerung der Geburtenhäufigkeit und Herabsetzung der Kindersterblichkeit bei der eingeborenen farbigen Bevölkerung gemacht werden. Die Untersuchung braucht nicht auf alle Schutzgebiete ausgedehnt zu werden, es werden auch Arbeiten, die sich auf ein Schutzgebiet beschränken, zum Wettbewerb zugelassen.

Die Bewerbungsschriften müssen in deutscher Sprache, möglichst mit der Maschine einseitig geschrieben und ohne Namen, jedoch auf der ersten Seite mit einem Kennwort oder Motto versehen, in einem versiegelten weißen Umschlag (innerhalb der Postverpackung) eingeschlossen sein und bis spätestens zum **31. Dezember 1914** einschließlich zur Post geliefert werden unter der Adresse: **Professorenrat des Kolonialinstituts, Hamburg (Preisaufgabe).**

Außer der Abhandlung muß der innere Umschlag den vollen Namen und die genaue Adresse des Autors enthalten in einem besonderen versiegelten Kuvert, das außen das Kennwort oder Motto trägt.

Der Preis kann auch geteilt werden. Die Entscheidung wird bis zum 1. Oktober 1915 in der Deutschen Kolonialzeitung bekannt gegeben. Die preisgekrönte Schrift geht in das Eigentum des Hamburgischen Kolonialinstituts über, auch hat das Institut das Recht, die übrigen Arbeiten ganz oder im Auszug oder teilweise zu veröffentlichen.

Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer. *)

Die Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer (Berlin W 85, Am Karlsbad 10) hat im zweiten Vierteljahr 1913 (1. April bis 30. Juni) in 6137 Fällen kostenlose Auskunft an Auswanderungslustige erteilt, und zwar in 4924 Fällen schriftliche und in 1213 Fällen mündliche.

Beantwortet wurden insgesamt 8905 Anfragen über die verschiedenen Auswanderungsgebiete. Davon bezogen sich 3108 auf die deutschen Kolonien, und zwar auf Deutsch-Südwestafrika 977, Deutsch-Ostafrika 502, Kamerun 153, Togo 35, Samoa 84, Mikronesien 57, Deutsch-Südafrika 54, auf die afrikanischen Kolonien im allgemeinen 198 usw.

Unter den fremden Auswanderungsgebieten steht Argentinien mit 818 Anfragen an der Spitze; dann

folgen Kanada mit 706, Süd-Brasilien mit 655, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 518, Mittel-Brasilien mit 378, Brasilien im allgemeinen mit 182, die Türkei mit 124, Chile mit 108, Rußland mit 75, China mit 68, der Südafrikanische Bund mit 62, Ungarn mit 61, England mit 60, Paraguay und Niederländisch-Indien mit je 58, Mexiko mit 42, Neu-Südwestafrika mit 38, Britisch-Indien mit 37, Rumänien mit 32, Bolivien mit 28, Venezuela mit 26, Ägypten und Victoria mit je 25, Bulgarien mit 24, Italien mit 20, Peru, Nord-Brasilien, Neu-Seeland und Frankreich mit je 19, Japan mit 18, Griechenland mit 17, Luensland mit 16, Kolumbien mit 15, Kuba und Perien mit je 14 und Marokko mit 13. Der Rest verteilt sich auf Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, San Salvador, West-Indien, Kuba, Algerien, Belgisch-Kongo, Liberia, Französisch- und Portugiesisch-Ostafrika, Britisch-Ostafrika, Britisch-Französisch-Portugiesisch- und Spanisch-Westafrika, die Kanarischen Inseln, Tripolis, Tunis, Cypern, Französisch-Indien, Hongkong, die Philippinen, Siam, Sibirien, Süd-Australien, West-Australien, die Gesellschafts- und Sandwichs-Inseln, Belgien, Danemark, Monaco, die Niederlande, Norwegen, Österreich-Ungarn, Portugal, Schweden, die Schweiz, Serbien, Spanien usw. usw.

Von den 3638 Anfragen, die ihr Alter angaben, waren 448 weniger als 20 Jahre, 2270 zwischen 20 und 30, 667 zwischen 30 und 40, 225 zwischen 40 und 50 und 41 über 50 Jahre alt, und von den 4526 Fragestellern, die Angaben über ihren Personenzustand machten, waren 3275 ledig, 1222 verheiratet und 29 verwitwet.

Nach dem Beruf waren unter den Antragenden am stärksten die Kaufleute, Handwerker und Landwirte vertreten.

Von den Antragenden bezeichneten sich 199 als mittellos, während über 1400 zum Teil über recht erhebliche Summen verfügten: z. B. 78 über 10 000 M., 44 über 15 000 M., 48 über 20 000 M., 18 über 25 000 M., 18 über 30 000 M., 18 über 50 000 M., 7 über 100 000 M. usw.

Von den Anfragen kamen aus Preußen 3597, und zwar aus Brandenburg mit Berlin 1417, aus der Rheinprovinz 447, Schlesien 923, Westfalen 253, Sachsen 237, Hessen-Nassau 208, Hannover 208, Ostpreußen 124, Schleswig-Holstein 119, Posen 96, Pommern 91 und Westpreußen 73.

An der Spitze der übrigen Bundesstaaten steht das Königreich Sachsen mit 561, es folgen Bayern mit 469, Birttemberg mit 294, Hamburg mit 294, Baden mit 158, Ostfriesland mit 94, das Herzogtum Braunschweig mit 72, Hessen mit 64, Bremen mit 33, das Großherzogtum Sachsen mit 32, Oldenburg mit 25, Sachsen-Meinungen mit 23, Anhalt mit 21, Mecklenburg-Schwerin mit 20, Meckl. v. L. mit 18 und Sachsen-Stoburg-Gotha mit 16.

Aus den deutschen Kolonien kamen 31 Anfragen, aus dem Auslande 400, davon 195 aus Österreich-Ungarn, 62 aus der Schweiz, 24 aus Rußland, 20 aus Frankreich, 18 aus England, 15 aus den Vereinigten Staaten von Amerika usw.

*) Vgl. „D. Kol. Bl.“ 1913, S. 418.



Cölnner Akademie für praktische Medizin.*)

Stundenplan für den 12wöchigen Kursus für Missionare vom 1. Oktober 1913 bis 28. Dezember 1913.

1. bis einschließlich 6. Woche.						
Stde.	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
8-9	Grundzüge der Anatomie und Physiologie.	Pflege der Zähne und Behandlung der einfachsten Zahnkrankheiten.	Grundzüge der Anatomie und Physiologie.	Grundzüge der Anatomie und Physiologie.	Pflege der Zähne und Behandlung der einfachsten Zahnkrankheiten.	
9-12	Praktisches Arbeiten.					
12-1	Praktisches Arbeiten.	Anleitung im Photographieren. 23. Oktober 24. Oktober 25. Oktober			Praktisches Arbeiten.	
4-5	Hygiene, bei. Tropenhygiene; Wohnung, Kleidung, Befestigung in den Tropen.	Innere Medizin.	Hygiene, bei. Tropenhygiene; Wohnung, Kleidung, Befestigung in den Tropen.	Innere Medizin.	Hygiene, bei. Tropenhygiene; Wohnung, Kleidung, Befestigung in den Tropen.	
5-6	Chirurgie.		Chirurgie.		Chirurgie.	
7. bis einschließlich 12. Woche.						
8-9	Die wichtigsten Haut- und Geschlechtskrankheiten.		Die wichtigsten Haut- und Geschlechtskrankheiten.		Die wichtigsten Haut- und Geschlechtskrankheiten.	
9-1	Praktisches Arbeiten.					
4-5	Chirurgie.	Anleitung zur Medikamentenbereitung am 10. u. 17. Dezember 9-7 Uhr.	Innere Medizin.	Chirurgie.	Anleitung zur Medikamentenbereitung am 13. u. 20. Dezember 9-7 Uhr.	
5-6	Innere Medizin.	Innere Medizin.	Die Behandlung der Weisheitsfranken.	Innere Medizin.	Innere Medizin.	

*) Vgl. „D. Kol. Bl.“ 1912, S. 774.

Die finanzielle Lage des Südafrikanischen Bundes.

Am 21. April hat das Unterhaus des Bundesparlaments die zweite Lesung des Staatshaushaltsvoranschlags für 1913/14 beendet. Der Finanzminister hat bei Einbringung des Budgets folgendes ausgeführt: Der Voranschlag für das Jahr 1912/13 sah einen Fehlbetrag zwischen Einnahme und Ausgabe von 870 000 £ vor, der sich infolge verschiedener Wechselschlüsse des Parlaments sogar auf 842 000 £ erhöhte. Der Ausgleich erfolgte im wesentlichen durch einen Überschuß von 855 000 £, der noch aus dem einen Bundesjahr 1910/11 vorhanden war. Tatsächlich hat sich die finanzielle Lage des Bundes im verfloffenen Rechnungsjahr weitentlich günstiger gestaltet. Die Einnahmen werden jetzt auf 17 314 000 £ geschätzt und die Ausgaben auf 17 196 000 £, was einen Überschuß von 118 000 £ ergibt. Hiervon sind allerdings noch gewisse Summen in Abzug zu bringen, so daß der Minister den wahren Überschuß auf 45 000 £ berechnet. Dieser muß bestimmungsmäßig dem Schulden-

tilgungsfonds zufließen. Dabei ist zu beachten, daß der Überschuß aus dem Jahre 1910/11 nicht verbraucht worden ist; er bleibt in Höhe von 770 000 £ weiterhin zur Verfügung.

An Ausgaben waren im verfloffenen Jahre, zum großen Teil allerdings infolge Nichtausführung bewilligter Bauten, 518 000 £ gespart worden. Der Finanzminister hat indes am Schlusse des Rechnungsjahres Vorschläge für gewisse neue Ausgaben in Höhe von 585 000 £ vorgelegt, die rückwärts auf das verfloffene Jahr in Anrechnung gebracht werden sollen.

Die Zolleinnahmen zeigen einen Überschuß von 242 000 £, wovon ein Drittel allein auf Kapstadt fällt.

Weitere Überschüsse zeigen: die Verbrauchsabgaben (Alzijen) 80 000 £, die Post- und Telegraphenverwaltung 150 000 £, die Ausgaben der Diamantenbergwerke 150 000 £.

Die Einnahmen des Staates aus den Goldbergwerken sind in den letzten Jahren sehr gleichbleibend gewesen.



Die Nachschsteuer hat dem Bunde im vorigen Jahre 258 000 £ über den Vorschlag eingebracht. Daß die Übergangsabgabe vom Grundbesitz (transfer duty) vornehmlich in der Kaprovinz und im Freistaate 85 000 £ mehr, als vorgesehen war, ergeben hat, dürfte für eine ziemlich starke Güterbewegung in diesen Landesteilen sprechen.

Der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1918/14 weist eine wesentliche niedrigere Ausgabe wie im Vorjahr auf, nämlich nur 16 336 000 £.

Als Einnahme für die allgemeine Bundesverwaltung (getrennt von den Provinzialverwaltungen) nimmt der Finanzminister die Summe von 15 212 000 £ an. Es stellt sich also ein Fehlbetrag von 1 124 000 £ heraus. Dieses Defizit, das infolge der noch ausstehenden Auseinanderrechnung mit den Provinzen, und weil über gewisse Einkünfte noch vom Parlament außerhalb des Rahmens der Budgetverhandlung zu entscheiden ist, zunächst rein imaginär ist, soll formell vornehmlich durch den noch vorhandenen Überschuß von 770 000 £ aus dem Rechnungsjahr 1910/11 gedeckt werden. Zimmerlin bleiben zunächst 194 000 £ ungedeckt.

Die Schulden des Bundes stellen sich am 31. März 1912 auf: 1. Anleihen rund 106 172 000 £, 2. schwedische Schuld 11 088 000 £, zusammen 117 260 000 £.

Dagegen weist der Bericht der Staatsschuldenkommission folgende Aktiva auf: 1. Schuldentilgungsfonds 5 780 246 £, 2. Vorschüsse an Landbauern 2 713 342 £, 3. Umzäunungen usw. für Bewässerungen 8 835 060 £, 4. Kapital der Eisenbahnen und Hafenanlagen 92 303 952 £, 5. Desgleichen des Telegraphen- und Telefonsystems 2 790 563 £, zusammen 112 903 763 £.

Außerdem hat der Bund noch bedeutende Einnahmen aus der Verpachtung von Ländereien, die mit Überschüssen der Verwaltung und der Anleihen erworben worden sind. Die finanzielle Lage des Bundes kann demnach als recht günstig angesehen werden.

Trotzdem hat die Regierung kürzlich mit einer Anleihe von 4 000 000 £, die von einer Gruppe von Finanzleuten in London übernommen worden war, eine ziemlich schlechte Erfahrung gemacht. Obwohl die Anleihe mit 4 v. H. verzinst werden soll, haben die betreffenden Finanzkreise zunächst 78 v. H. selbst aufbringen müssen, da das Publikum die Anleihe nicht gut aufnehmen wollte. Unter den Ursachen für dieses ungünstige Ergebnis ist wohl die infolge des Balkankrieges in Europa herrschende Geldknappheit von wesentlichem Einfluß gewesen.

Neben dem Vorschlag für die allgemeine Staatsverwaltung kommt noch derjenige des Eisenbahn- und Hafenministeriums in Betracht. Die Abrechnung des vergangenen Finanzjahres hat einen nominellen Überschuß von 500 000 £ ergeben, von dem 200 000 £ für nachträglich zu bewilligende Ausgaben, 200 000 £ als Abzehrungen von 100 000 £ für Verbesserungen verwendet werden sollen.

Für 1918/14 sind die Einnahmen der Eisenbahnen auf 12 956 127 £, die der Häfen auf 961 549 £, zusammen 13 917 676 £ geschätzt; die Ausgaben der

Eisenbahnen auf 12 475 084 £, die der Häfen auf 1 298 566 £, zusammen 13 774 550 £.

Dies würde also einen Überschuß von rund 143 000 £ ergeben. Bei der Eisenbahnverwaltung allein beträgt dieser 480 000 £, während die Hafenverwaltung einen Fehlbetrag von 337 000 £ anweist. Der Eisenbahnminister hat indes hervorgehoben, daß die Einnahmen der Häfen sich im verfloßenen Jahre um 124 000 £ höher gestellt haben als der Vorschlag.

Trotzdem die Eisenbahnverwaltung im Finanzjahr 1918/14 keinen Zuschuß mehr zu den Kosten der allgemeinen Staatsverwaltung gibt, hat der Minister doch erklärt, daß er weitere Ermäßigungen in den Frachttarifen zunächst nicht in Aussicht stellen könne.

(Nach einem Berichte des Kaiserl. Generalkonsulats in Kapstadt.)

*Die Landbank auf den Philippinen.

Der von der Landbank auf den Philippinen ausgehene Betrag war im Etatsjahre 1912 etwas geringer als im vorhergehenden Jahre. Er betrug 221 303 P gegen 230 450 im Vorjahre. Die Darlehensgeschäfte beliefen sich auf 170 (gegen 123 im Jahre 1911), die ausgebenen Darlehen auf 69 (gegen 61 im Jahre 1911). Sechszehn Darlehen im Gesamtbetrag von 44 819 P wurden zurückgezahlt. Ausschreibungen kamen im letzten Jahre nicht vor. Die große Mehrzahl der Schuldner zahlte die Zinsen pünktlich; democh ist der Betrag der ausgebenen Zinsen zur Zeit nicht unerheblich; er beläuft sich auf 5698,76 P. In dieser Latasche ist die anhaltende Dürre und die infolgedessen geringere Ernte auf den Inseln schuld.

Der Gesamtbetrag der ausgebenen Darlehen betrug am Schlusse des Berichtsjahres 655 208 P, der Reingewinn 52 950,87 P.

Im Oktober 1911 ist der Zinsfuß für registrierte hypothekarische Darlehen von 10 v. H. auf 8 v. H. herabgesetzt worden.

Eine Agentur der Bank ist im Jahre 1909, 12 sind im Januar 1912 und 7 endlich im Juni 1912 eingerichtet worden. Diese sieben konnten in dem Berichtsjahre, da sie erst so spät errichtet waren, eigentliche Geschäfte nicht mehr machen und mühten sich auf die Einrichtung eines Kontokorrentverkehrs zum Verkehr zwischen den ansässigen Kaufleuten und dem Publikum beschränken. Von den anderen Agenturen konnte nur eine im Januar 1912 errichtete keine Einlagen erlangen, in allen anderen Agenturen sind die von der Bank angebotenen Vorteile bereitwillig ausgenutzt worden. Die gesamten Einlagen dieser geschäftlich tätigen 12 Agenturen betragen am Schlusse des Berichtsjahres 92 749,28 P.

Zum ersten Male sind auch im Berichtsjahre die Gehälter der Angestellten von der Bank bezahlt worden. Früher wurden sie aus den regelmäßigen Anweisungen des Schatzamts (treasury bureau) gezahlt.

Aus dem »Report of The Philippine Commission 1912«.